

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Gesine Löttsch,
Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/2434 –**

Wohnungslosigkeit in Deutschland – Einführung einer Bundesstatistik

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, um das Ausmaß der Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland amtlich statistisch zu erfassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/2434 abzulehnen.

Berlin, den 29. September 2010

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Winfried Hermann
Vorsitzender

Petra Müller (Aachen)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Petra Müller (Aachen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/2434** in seiner 55. Sitzung am 8. Juli 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, um das Ausmaß der Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland amtlich statistisch zu erfassen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/2434 in seiner 33. Sitzung am 29. September 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/2434 in seiner 16. Sitzung am 29. September 2010 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bezweifelte, dass man das Problem der Wohnungslosigkeit mit einer Statistik bewältigen könne. Entsprechende Statistiken lägen erst mit zeitlicher Verzögerung vor und bildeten möglicherweise in Anbetracht der sich regelmäßig ändernden Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr die aktuelle Lage ab. Die geforderte

Statistik habe daher nur begrenzte Aussagekraft, verursache aber einen hohen Aufwand.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass in den 90er-Jahren Einigkeit über die Einführung einer Bundesstatistik zur Wohnungslosigkeit bestanden habe. Vor dem Hintergrund wieder zunehmender Wohnungslosigkeit solle man sich mit den Gründen befassen, aus denen es seinerzeit nicht zur Einführung einer entsprechenden Statistik gekommen sei. Man sehe hier aber vor allem eine Zuständigkeit der Länder und Gemeinden.

Die **Fraktion der FDP** warf die Frage auf, was man mit der geforderten Statistik überhaupt erreichen könne. Die Nichtsesshaften ließen sich mit einer solchen Statistik nicht erfassen. Zudem bedeute eine solche Statistik zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Die Obdachlosigkeit habe sich von 2007 auf 2008 verringert, so dass derzeit auch kein Handlungsdruck bestehe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, Statistiken würden in den verschiedensten Bereichen erhoben; diejenigen, die nicht über eine Wohnung verfügten, würden aber nicht gezählt, so dass man auf Schätzungen angewiesen sei. Trotz aller Schwierigkeiten bei der Datenerhebung solle man eine Statistik erstellen, um das soziale Problem der Wohnungslosigkeit bewusst zu machen und um Abhilfe schaffen zu können.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstützte den Antrag. Die Erfassung sei zwar schwierig, aber sie sei möglich. Es gebe soziale Einrichtungen, über die auch Nichtsesshafte unter Beachtung des Datenschutzes erfasst werden könnten. Eine Statistik sei wichtig, um eine bessere Handlungsgrundlage zu gewinnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2434.

Berlin, den 29. September 2010

Petra Müller (Aachen)
Berichterstatlerin

